[illegible] des Generalissimus Diaz in Schach halten konnte. Auf Grund dieser wohlfeilen Siege verlangt Italien nun die Herrschaft über die Adria. Frankreich und England wagen nicht nein, weil sie durch die Striche der Geheimverträge gebunden sind. Allein Wilson kennt eingermaßen die südosteuropäischen Probleme. Ein Südslawenstaat ist nur dann lebensfähig, wenn er freien Zugang zum Meere besitzt, wenn ihm alle Teile zufallen, die unzweifelhaft und überwiegend von Slawen bewohnt werden. Darum soll nach Wilsons Auffassung Fiume nicht Italien zugesprochen werden, sondern beim südslawischen Reich bleiben. Dafür wird der Präsident der Vereinigten Staaten in der imperialistischen Presse Italiens maßlos beschimpft. Völlig vergessen ist, daß allein Wilsons Politik Italien vor einer schmählichen Niederlage bewahrte. Wie immer die Lösung auch fällt, beide Teile sind nicht zu befriedigen. Italien wird seine Ansprüche nicht aufgeben, sondern sie bei einer anderen Gelegenheit durchzusetzen suchen. Die Südslawen würden den Verlust der wichtigsten Häfen als unerträgliche Schwächung empfinden, und so für neuen Zündstoff auf dem Balkan sorgen. Nicht nur Italien, auch Japan ist unzufrieden. Es hat ebenso seinen Schein in der Form von Geheimverträgen wie Italien. Die Schantungbahnfrage ist das Zankobjekt, um das in Paris bis jetzt gestritten wurde. Auch hier liegt eine Lösung noch in weitem Felde.

Italiens Drohung, aus der Pariser Friedenskonferenz zu scheiden, hat einen Nachfolger gefunden. Im Namen der japanischen Delegation erklärte Akino, daß auch er heimkehren werde, wenn Japans Wünsche bezüglich Schantungs nicht berücksichtigt würden.

Das Schicksal der Elsaß-Lothringer.

Frankreich hat entgegen den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages das Besitzrecht an Elsaß-Lothringen in Anspruch genommen. Es stützt sich dabei darauf, daß die Bevölkerung der „befreiten" Provinzen sich einmütig für den Anschluß an Frankreich ausgesprochen hätte. Und zwar wird dieser Ausspruch in dem Verhalten der Bevölkerung beim Einmarsch der französischen Truppen gesehen. Wer die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen wirklich kennt, weiß, daß nun bestimmte Bevölkerungsteile für Jubel und Zustimmung sorgten. Dazu gehört in erster Linie der Mob, der froh war, der scharfen Zucht der deutschen Regierung entronnen zu sein. Die Franzosen haben aber jetzt schon merken müssen, daß mit Weichherzigkeit nicht auszukommen ist. Und darauf sind denn auch die Meldungen über den Stimmungswechsel zurückzuführen. Anders liegen die Dinge beim Bürgertum. Ein Teil hat allerdings immer Neigungen zu Frankreich gehabt, wofür auch die verwandtschaftlichen Beziehungen sorgten. Andere Teile dagegen waren völlig der deutschen Kultur zurückgewonnen, ganz abgesehen davon, daß gerade die gebildeten Schichten der Elsässer schon vor 1870 geistige und persönliche Beziehungen zur deutschen Heimat aufrecht erhielten. Frankreich will diesmal das deutsche Wesen in Elsaß-Lothringen gründlich ausrotten. Die Republik der Menschenrechte treibt alles über die Grenze, was sich nicht ihrer Herrschaft unterwerfen will. Bisher sind 80 000 Elsässer und Lothringer über den Rhein gekommen. Aber Hunderttausende werden folgen, sobald erst die rücksichtslose Französierung beginnt. Nun haben die Vertriebenen vergeblich versucht, in die deutsche Nationalversammlung Eingang zu finden. Frankreich war weniger rücksichtsvoll: Schon bei Ausbruch des Krieges räumte es den Abtrünnigen Wetterle und Wall in der französischen Abgeordnetenkammer als Vertreter Elsaß-Lothringens Sitze ein. Alles was den Vertriebenen in Deutschland zugestanden ist, ist die Bildung einer eigenen Abteilung im Reichsamt des Innern. Dieser ist ein Beirat angegliedert, an dessen Spitze der letzte Statthalter Dr. Schwander steht. An sich ist der Beirat als das elsaß-lothringische Parlament anzusprechen. Er hat seine Tagungen in Freiburg i. B. aufgenommen. Und sie werden den Franzosen zeigen, daß die Elsässer und Lothringer nicht ungefragt und gegen ihren Willen ihr Schicksal bestimmen lassen.

Die Streiks und Unruhen im Reiche.

Die Lage in Bayern ist noch ungeklärt. Die von einer Seite verbreitete Nachricht, daß die Münchener Regierung gestürzt worden sei, scheint sich nicht zu bestätigen, wenigstens weiß die Bamberger Regierung noch nichts davon. Auch nach einer Mitteilung des Nürnberger Magistrats ist die Nachricht von der Absetzung der Münchener Kommunistenführer zum mindesten stark übertrieben. Gewiß ist ein Teil der Münchener Garnison gegen die „Rote Garde". Aber er ist noch zu schwach, um etwas Energisches unternehmen zu können. Die Sammlung der bayrischen Truppen, die zum Kampf gegen München aufgeboten worden sind, vollzieht sich glatt. Bis zum Eingreifen der Unterstützung aus Württemberg, Baden, Hessen und dem übrigen Reich wird die Aufstellung vollzogen sein. Erst dann hat man mit einem Umschwung zu rechnen. Die Nachrichten aus München, auch die Privatmeldungen, sind alle irgendwie tendenziös gefärbt. Die Lage in Augsburg ist durchaus gesichert, ebenso in Passau. Landshut ist noch unsicher, Rosenheim befindet sich noch immer in der Hand der Spartakisten. — Aus München wird gemeldet: Vorgestern vormittag hielten die Gewalthaber in der Ludwigsstraße eine Truppenschau über die Rote Armee ab. Wegen Finanzschwierigkeiten und Unzufriedenheit der Arbeiter wird der Generalstreik von heute an aufgehoben. Die Stimmung der Bevölkerung ist infolge des Terrors äußerst gedrückt. Es mangelt an Zeitungen und Nachrichten von auswärts. Das Aufheben der von Regierungsfliegern abgeworfenen Flugblätter wird mit Todesstrafe bedroht. Die Arbeiter werden aufgefordert, in die Wohnungen der Bürger zu gehen, um sich Quartiere zu suchen. Die Rotgardisten betreiben einen schwunghaften Handel mit den bei den Bürgern beschlagnahmten Lebensmitteln, die sie zu hohen Preisen wieder an die Bürgerschaft absetzen. — Nach dem „Berl. Tageblatt" haben die Bauern im bayrischen Walde eigene Bataillone gebildet, um am Kampfe gegen München teilzunehmen. Nach der „Voss. Zeitung" verlautet in Bamberg, daß General von Möhl, zuletzt Kommandeur der 3. bayr. Division, zum Oberbefehlshaber der Regierungstruppen ernannt worden sei. Nach Mitteilung der Bamberger Regierung sind die Verhandlungen mit ihm noch nicht abgeschlossen. Man wird mit gewaltiger Uebermacht vorgehen, so daß an einem raschen Erfolge nicht zu zweifeln ist.

Die badische Regierung hat erklärt, daß sie nicht beabsichtige, badische Truppen nach Württemberg oder Bayern zu senden.

In Braunschweig ist alles in der Beruhigung begriffen. Die Volksmarinedivision und die übrigen auf Seiten der früheren braunschweigischen Regierung stehenden Truppen werden abtransportiert. Die früheren Volksbeauftragten Oerter und Eckardt sind auf Veranlassung des Reichswehrministers aus der Haft entlassen worden. Das Verfahren gegen sie wird dadurch nicht berührt.

In Bremen haben sich die Gasarbeiter dem Streik angeschlossen. Der Bürgerstreik ist im Gange. Alle Aerzte, die Lebensmittelgeschäfte machen mit. Es läßt sich schon heute feststellen, daß diese einschneidende Gegenmaßnahme eine nachhaltige Wirkung auf die Streikenden ausübt. Ueber die Stadt ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

In Hamburg nahmen die Unruhen der beiden Osterfeiertage auch gestern ihren Fortgang. Bewaffnete Autos durchfuhren während des Vormittags St. Pauli Waffen und Munition an die Bevölkerung. Da aufhin gegen 200 bis 300 Menschen durch die Straßen, raubten Passanten aus, stürmten einige Kleiderkammern am Paulinenplatz und versuchten, mehrere Waffen in ihren Besitz zu bringen. Die Wache 15 in der Paulinenstraße wurde von ihnen genommen. — Ueber Hamburg, Altona und Wandsbeck ist der Belagerungszustand verhängt worden. Plünderer sollen auf der Stelle erschossen werden. Teile der Schweriner Garnison sind nach Hamburg abkommandiert worden. Wie die Kommandantur Groß-Hamburg mitteilt, ist die Meldung von einer Entsendung von Regierungstruppen nach Groß-Hamburg unzutreffend.

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier ist beendet. Kein Schacht ruht mehr vollständig. Selbst im Hamborner Revier ist von über einem Drittel der Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Nachdem auch auf der „Kleophas"-Grube gestern die Arbeit wieder aufgenommen wurde, ist der Ausstand in ganz Oberschlesien beendet.

Wegen Kohlenmangels mußte die Arbeit in der Eisenbahnhauptwerkstätte Limburg eingestellt werden. Infolgedessen feiern rund 3000 Arbeiter.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 24. April 1919.

—* **Verbot von Lebensmittelauslagen.** Durch Verordnung des Landeslebensmittelamtes wird das öffentliche Ausstellen von Wein, Spirituosen und ihren Attrappen, Fleisch, Wurst und Fettwaren und ihren Konserven, Wild und Geflügel und ihren Konserven, Fischkonserven, getrockneten Südfrüchten, Obstkonserven und Marmeladen, Konditorwaren, Feingebäck, Keks und Pfefferkuchen, Honig-, Zucker- und Schokoladenwaren, Käse- und Molkereierzeugnissen, soweit dafür keine Höchst- oder Richtpreise bestehen, verboten. Im Falle eines dringenden Bedürfnisses sind die Kommunalverbände befugt, die Liste durch Aufnahme anderer Nahrungs- und Genußmittel zu erweitern. Das Verbot erstreckt sich auf die Auslagen in Schaufenstern und offenen Verkaufsständen aller Art. Als offene Verkaufsstände gelten insbesondere auch die Stände auf öffentlichen Straßen und Plätzen (Straßenhändler), in Hausdurchgängen und in Markthallen. Die unter das Auslageverbot fallenden Waren dürfen von außen durch die Schaufenster, Ladenfenster und Eingangstüren der Verkaufsläden nicht sichtbar sein. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Diese Verordnung tritt ab 1. Mai 1919 in Kraft.

—* **Grenzjägerformation.** Wie berichtet wird, soll Riesa am 26. April eine Grenzjägerformation erhalten.

—* **Operetten-Gastspiele.** Man schreibt uns: Die Operette „Der ersten Liebe goldne Zeit", die von der Direktion der Vereinigten Stadttheater Freiberg-Meißen für Freitag, den 2. Mai als Eröffnungs-Vorstellung gewählt wurde, zählt zu den erfolgreichsten Schlagern der letzten Jahre. Im Dresdner Zentraltheater wurde sie während zweier Monate allabendlich vor ausverkauftem Hause gespielt. An den Stadttheatern zu Freiberg und Meißen erzielte sie bisher über 50 Aufführungen, und noch immer ist die Zugkraft unvermindert.

—* **Ferkelmärkte.** Auf den in der Vorwoche abgehaltenen Ferkelmärkten zu Bautzen, Chemnitz, Dippoldiswalde und Kamenz wurden bei einem Auftrieb von insgesamt 687 Stück für ein Stück 50 bis 240 Mark bezahlt.

—* **Landessynode.** Das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium hat im Einverständnis mit dem ständigen Synodalausschuß beschlossen, die 10. ordentliche Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche zum 19. Mai dieses Jahres einzuberufen.

—* **Personenverkehr in Sachsen.** Die Dresdner „Volkszeitung" schreibt: Der Personenverkehr in Sachsen wird nach einer Mitteilung der sächsischen Staatseisenbahnverwaltung voraussichtlich nicht weiter eingeschränkt oder gar aufgehoben zu werden brauchen, wenn auch die Kohlenvorräte der Eisenbahn äußerst knapp sind. Sollten aber neue Bergarbeiterausstände in Sachsen und Oberschlesien ausbrechen, so müßte auch Sachsen wahrscheinlich dem Beispiel anderer Eisenbahnverwaltungen folgen und gleichfalls den Personenzugsverkehr einstellen.

— **Der Land- und Forstwirtschaftliche Arbeitgeber-Verband** für die Amtshauptmannschaft Großenhain hielt am Dienstag nachmittag von 3/4 4 Uhr an im Sachsenhof-Saale in Großenhain eine von den Landwirten des Bezirkes sehr gut besuchte Versammlung ab. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des Herrn Rittergutsbesitzers Ihßen-Walda, der in der Sitzung vom 8. April an die Spitze des damals provisorisch gewählten Gesamtvorstandes gestellt wurde. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden, die insonderheit auch Herrn Geheimrat Amtshauptmann Dr. Uhlemann galten, erfolgte auf Antrag des Herrn Rittergutsbesitzers Crome-Blochwitz widerspruchslos die Bestätigung sämtlicher gewählten Vorstandsmitglieder in ihren Aemtern. Die Gruppe der bäuerlichen Besitzer ist in dem aus 17 Herren bestehenden Gesamtvorstand die überwiegende. Der Vorsitzende, Herr Ihßen, betonte hiernach in längeren Ausführungen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses sämtlicher Arbeitgeber auf dem Lande bis herab zu den kleinsten Besitzern. Das Ziel der Arbeitgeberverbände sei das Zusammenarbeiten mit den Arbeitnehmerorganisationen, die im hiesigen Bezirke bereits eine rege Agitation zur Mitgliederwerbung entfalten. In Dresden wurde eine Zentralstelle der Arbeitgeberverbände errichtet mit dem Zwecke, die Verbindung zwischen den verschiedenen Arbeitgeberverbänden herzustellen und zu unterhalten. Nach Vornahme einer Ersatzwahl für den Vorstand wurde Herr Gutsbesitzer Pretzschel-Reinersdorf zum Obmann des Ausschusses gewählt. In der Aussprache verwies Herr Geheimrat Amtshauptmann Dr. Uhlemann auf praktische Wege zur Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmerorganisationen. Herr Rudolph-Promnitz berichtete über die von den Arbeitgebern des Riesaer Bezirkes bereits festgesetzten Höchstlöhne. Auf Antrag des Herrn Rittergutsbesitzers Frhrn. von Rochow-Strauch erfolgte Beratung und Beschlußfassung über die Höhe des Jahresbeitrages an den Arbeitgeberverband. Dieser wird nach der Größe der bewirtschafteten Fläche bemessen und gestaffelt. Es werden erhoben bei einer Größe des Gutes bis 10 Hektar 10 Pfg. pro Hektar, von 11—25 Hektar 20 Pfg. pro Hektar, von 26—50 Hektar 30 Pfg. pro Hektar, von 51—100 Hektar 60 Pfg. pro Hektar, über 100 Hektar 80 Pfg. pro Hektar. Für die forst- und teichwirtschaftlich genutzte Fläche wird, sofern diese 50 Hektar übersteigt, nur die Hälfte des für die landwirtschaftlich genutzte Fläche festgesetzten Betrages erhoben. Eine anregende Aussprache ergab sich über die Festlegung der Lohnsätze. Man einigte sich, um den Sonder-Verhältnissen in jedem Bezirke nach Möglichkeit Rechnung tragen zu können, dahin, drei Ausschüsse mit der Ausarbeitung von Lohnsätzen zu betrauen. Es sind dies für den Riesaer Bezirk die Herren Harz-Gröbel, Rudolph-Promnitz, Bruno Steuer-Oelsitz; für den Großenhainer Bezirk die Herren Häbold-Reinersdorf, Crome-Blochwitz, Stiller-Moselitz, v. Globig-Frauenhain; für den Radeburger Bezirk die Herren Lämpe-Tauscha, Inspektor Mehnert-Oberrödern, Pretzschmann-Beiersdorf und Forstmeister Zimmer. Diese Ausschüsse sollen die Lohnsätze im Einvernehmen mit den Arbeitgebern ihres Bezirkes aufstellen und in der am 29. April stattfindenden Vorstandssitzung zum Vortrag bringen. Die Arbeit der drei Ausschüsse ist keine leichte, sie erfordert in gleicher Weise reiche Berufserfahrung wie soziales Verständnis. Herr Rechtsanwalt Friedrich-Riesa gab einige Erläuterungen über die Entstehung und Inhalt von Tarifverträgen, Mitteilungen, die mit großem Interesse angehört und von einem Versammlungsteilnehmer noch durch einige beachtliche Hinweise ergänzt wurden. — Es muß erwartet werden, daß sich nunmehr, nachdem die Festlegung der Beiträge erfolgt ist, möglichst alle landwirtschaftliche Arbeitgeber im Großenhainer Bezirke dem Arbeitgeber-Verbande anschließen, damit diese Organisation kräftig genug wird, um gegenüber den Organisationen der Landarbeiter, die schon heute Forderungen stellen, deren Erfüllung eine Rentabilität des landwirtschaftlichen Betriebes völlig in Frage stellen würde, die Interessen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber in erfolgversprechender Weise vertreten zu können. (Großh. Tgbl.)

—* **Die ehemaligen, nach Galizien zuständigen österr. Staatsangehörigen,** welche Anspruch auf Unterhaltsbeiträge nach dem 1. Januar 1919 erheben, und bereits früher laufende Unterstützungen bezogen hatten, wollen sich zwecks Bezuges der Januarrente beim österr.-ung. Konsulate in Dresden schriftlich melden und den Nachweis (beglaubigte Erklärungskarte oder gemeindeamtliche Bescheinigung) erbringen, daß der Einberufene noch nicht zurückgekehrt ist und sich noch im Militär-Verhältnisse befindet.

—* **Sonderzüge.** Anläßlich der Leipziger Frühjahrsmustermesse wird die Sächsische Staatsbahnverwaltung folgende Sonderzüge ablassen: Linie Leipzig-Dresden: 1. am 28., 29. und 30. April ab Dresden-Hbf. vorm. 8 Uhr 10 Min., in Leipzig 10 Uhr 14 Min., 2. am 28., 29. und 30. April, 1., 2. und 3. Mai ab Leipzig-Hbf. nachm. 4 Uhr 20 Min., in Dresden-Hbf. 6 Uhr 30 Min., 3. am 28., 29. und 30. April, 1. und 2. Mai ab Leipzig-Hbf. abends 7 Uhr 35 Min., in Dresden-Hbf. 9 Uhr 46 Min.

Zwickau. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beschloß das Stadtverordnetenkollegium, durch die Polizei Haussuchungen in Privathaushaltungen, Feinkosthandlungen und Gastwirtschaften zu veranstalten. Diese Haussuchungen haben in mehreren Fällen bereits zur Aushebung von Hamsterlagern geführt. In Meerane ist ein Zwickauer Gastwirt festgenommen worden, der Schinken, Speck, Brot und Semmeln im Schleichhandel nach Zwickau schaffen wollte.

Grimma. Die Einbrecher unternehmen immer frechere Raubzüge. So fuhren am Spätabend des ersten Feiertages vor der Windmühle in Gastewitz zwei Autos vor, wovon eins mit 10 Mann besetzt war. Während drei Mann in Uniform das Vorhaus umstellten, erbrachen die anderen die Mühle und raubten eine größere Menge Mehl. Als der Besitzer mit seinem Sohne herauskam, tönte ihnen der Ruf entgegen: Hände hoch, sonst wird geschossen! Die Bedrohten zogen sich wieder ins Gebäude zurück und drohten nun ihrerseits mit Schießen, worauf die uniformierten Räuber das Feuer gegen das Gebäude eröffneten. Unterdessen hatten die anderen ihren Raub in die Autos geladen, mit dem dann die Täter ungehindert entkommen konnten. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Räuber aus Leipzig gekommen sind. Schon vor 8 Tagen war ein verdächtiges Auto vor dem Grundstück erschienen und ein Stall erbrochen worden.

Leipzig. Der Leipziger Große Arbeiterrat hat für den 1. Mai jeden Tanz in öffentlichen Lokalen, geschlossene Tanzvergnügungen, sowie Tanzstunden und Tanzstundenkränzchen verboten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Reichswehrminister Noske befindet sich zurzeit auf einer Orientierungsreise im deutschen Osten und in den östlich der Reichsgrenze liegenden Gebieten. Die Reise gilt lediglich der persönlichen Information des Reichswehrministers in Sachen des Grenzschutzes.

Zu einem bedauerlichen Vorfalle ist es während des Transportes polnischer Truppen in Fraustadt gekommen. Als ein polnischer Transportzug auf dem Bahnhof Fraustadt hielt, wurden von deutschen Freiwilligen 2 Offizierskoffer und mehrere Sack Hafer gestohlen. Das peinliche Vorkommnis hat inzwischen bereits durch die interalliierte Kommission in Fraustadt Erledigung dadurch gefunden, daß deutscherseits den Polen Schadenersatz angeboten wurde und daß die in Frage kommende Dienststelle ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen hat. Im übrigen ist die Kompagnie, welche die Aufgabe hatte, den Bahnhof zu bewachen, bereits abgelöst und der Kompagnieführer zur Rechenschaft gezogen worden. Das Untersuchungsverfahren gegen die Schuldigen läuft. Auch ein polnischer Uebergriff ist von der gleichen Strecke zu melden. Er zeigt, daß die Polen sich an die Verpflichtung, diesseits der Demarkationslinie alle Provokationen zu unterlassen, nicht halten. Während der letzten Tage passierte ein Transportzug, der auffällig mit polnischen Fahnen geschmückt war, die Strecke. Die polnischen Soldaten sangen außerdem in provozierender Weise polnische Nationallieder.

Neuwahl der Nationalversammlung. Wie von parlamentarischer Seite verlautet, ist im kommenden Oktober mit Neuwahlen für die deutsche Nationalversammlung zu rechnen.

Abermalige Erhöhung der Postgebühren. Wie der „Berl. Lok.-Anz." meldet, steht eine abermalige Erhöhung der Postgebühren bevor, und zwar soll das Briefporto auf 20 ₰ und das Porto für Postkarten auf 15 ₰ erhöht werden.

Polen.

Haller in Warschau eingetroffen. Nach einem Funkspruche aus Warschau traf General Haller dort ein. — Polnische Kavallerie nahm Wilna ein. Andere Truppen besetzten Nowogrodek und stürmten Baranowitschi. Die Bolschewisten fliehen panikartig.

Frankreich.

Eine neue französische Vogesenbahn. Wie französische Blätter melden, beabsichtigen die Franzosen eine Eisenbahnlinie von St. Maurice nach Wesserling zu legen und zu diesem Zwecke einen großen Tunnel durch die Vogesen zu bauen. Dieser Tunnel wird 8300 Meter lang sein und 47 Millionen Fr. kosten. Der neue Schienenweg vermittelt den Anschluß an die Eisenbahnlinie nach Mülhausen. Die Arbeiten sollen im Juni aufgenommen werden.

Der Sozialistenkongreß hat verlangt, die Asche Jaurès in das Pantheon zu überführen. Der Kongreß nahm das von den früheren Mitgliedern der Mehrheit, wie Thomas, und der Minderheit, wie Longuet, vorgelegte Parteiprogramm an, in dem der Zusammentritt einer Konstituante gefordert wird. Ferner wird in dem Programm verlangt, der Staat solle die widerrechtlichen Kriegsgewinne einziehen, sowie starke Kapitalsteuern und Monopole für Luxusgegenstände einführen. Die Eisenbahn-, Transport- und Bergwerksunternehmungen, Lebensversicherungen usw. sollen durch den Staat, die Departements und Gemeinden unter Kontrolle der Verbraucher betrieben werden. An sofortigen Reformen fordert das Programm die Vermeidung von Streiks durch Organisation der Verständigungsbedingungen. Entwickelung der Sozialversicherung, Herabsetzung der Arbeitsstunden, Festsetzung von Mindestlöhnen, Schutz für Mütter und Kinder, freien obligatorischen Einheitsschulunterricht, Verbesserung der Wohnungsbedingungen usw.

England.

Zur Lage in Irland. Der „R. R. C." meldet, daß der Streik in Limmerik krassere Formen annimmt. Das Streikkomitee ist tatsächlich ein Sowjet. Es hat die Verwaltung der Stadt in Händen, beaufsichtigt den Verkehr und regelt die Preise. Es hat sogar Papiergeld von 1 bis 10 Schilling ausgegeben. Die Sinnfeiner-Organisation arbeitet Hand in